

Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss

Sitzung am 27. September 2010

TOP 3: Finanzzwischenbericht 2010 sowie über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen (zugleich Quartalsbericht zum 31.08.2010) und Bericht über die Erzielung der Effizienzrendite für die Eingliederung der unteren Sonderbehörden im Jahre 2009		
verantwortlich: Geschäftsbereich Finanzen		Drucksache 71/2010
		keine Anlagen
		10.09.2010
<u>Vorberatung:</u>	27.09.2010	Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss
<u>Beschlussfassung:</u>	18.10.2010	Kreistag

Beschlussvorschlag für den Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss	<ol style="list-style-type: none"> 1. Vom Finanzzwischenbericht wird Kenntnis genommen. 2. Vom Bericht über die Erzielung der Effizienzrendite für die Eingliederung der unteren Sonderbehörden im Jahre 2009 wird Kenntnis genommen. 3. Der unter Abschnitt X d aufgeführten außerplanmäßigen Auszahlung wird zugestimmt.
Beschlussempfehlung an den Kreistag	<ol style="list-style-type: none"> 4. Den unter Abschnitt X a-c, e und f aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen wird zugestimmt.

Inhaltsübersicht

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Seite
I	Rückblick auf das Haushaltsjahr 2009	3
II	Genehmigung Haushaltsplan 2010	4
III	Neues Haushaltsrecht	4
IV	Ergebnisse aus der Haushaltskonsolidierung für 2010	6
V	Quartalsbericht zum 31.08.2010	7
VI	Erläuterungen zur Haushaltsrechnung Stand 31.08.2010	9
VII	Bericht über die Erzielung der Effizienzrendite für die Eingliederung der unteren Sonderbehörden im Jahre 2009	25
VIII	Aktueller Bericht zum finanziellen Abwicklungsstand der Eingliederung von unteren Sonderbehörden im Jahre 2010 (Stand 31.08.2010)	27
IX	Globale Minderaufwendungen / Haushaltssperre	29
X	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen	29
XI	Übersicht der Veränderungen mit zusammenfassender Bewertung	30

I. Rückblick auf das Haushaltsjahr 2009

Aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise haben sich für 2009 erhebliche Verschlechterungen im Verwaltungshaushalt ergeben. Um einen Haushaltsausgleich trotzdem zu erreichen, hat der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss bzw. der Kreistag in seiner Sitzung am 28.09.2009 bzw. 19.10.2009 folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage wurde **von 0,664 Mio. Euro** um **1,635 Mio. Euro** auf **2,299 Mio. Euro** erhöht.
2. Die Haushaltssperre wurde von seither **300.000 Euro** um **570.000 Euro** auf **870.000 Euro** erhöht.
3. Es wurden insgesamt **2,954 Mio. Euro** von Maßnahmen des Verwaltungshaushalt in künftige Haushaltsjahre verschoben.

Intensive Sparbemühungen im laufenden Haushaltsjahr und die vorgenannten Beschlüsse haben dazu geführt, dass das Haushaltsjahr 2009 **positiv** abgeschlossen werden konnte.

Es kam zu Wenigereinnahmen bei den **Schlüsselzuweisungen mit 2,6 Mio. Euro**, bei der **Grund-erwerbsteuer mit 3,3 Mio. Euro** sowie bei den **Gebühren der unteren Verwaltungsbehörde mit 1,1 Mio. Euro**. Ebenso mussten **Mehrbelastungen bei den Sozial- und Jugendhilfeleistungen mit 4,4 Mio. Euro** verkraftet werden. Diese Verschlechterung konnte durch **Mehreinnahmen bei den Zuweisungen vom Land für das SGBII** sowie durch **Wenigerausgaben bei den Personal- und Sachausgaben** und der **Zuführung an den Vermögenshaushalt** ausgeglichen werden. Im Saldo wurde eine **niedrigere Zuführung an den Vermögenshaushalt mit rund 5,0 Mio. Euro** erreicht. Diese niedrigere Zuführungsrate wurde im Vermögenshaushalt durch die **Verschiebung von Investitionen** und durch eine **höhere Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage** ausgeglichen. Der Allgemeinen Rücklage wurden 2,1 Mio. Euro entnommen. Allein für die durch die Verwaltungsreform neu hinzugekommenen Bereiche mussten 0,8 Mio. Euro entnommen werden. Vom allgemeinen Kreis-haushalt sind zusätzlich noch 0,2 Mio. Euro zu finanzieren. Für die Folgejahre sind **keine Rücklagen** mehr vorhanden.

Der Sollschuldenstand (einschließlich Innere Darlehen) erhöhte sich vom 1.1.2009 von 64,9 Mio. Euro zum 31.12.2009 auf **66,4 Mio. Euro**. Die **Allgemeine Rücklage** beläuft sich zum 31.12.2009 auf rund **7,2 Mio. Euro**.

In den jetzt folgenden Monaten erfolgt die Prüfung der Jahresrechnung 2009 durch den Geschäftsbereich Kreisprüfung. Die Beratung und Feststellung ist für den Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss am 06.12.2010 und für den Kreistag am 13.12.2010 vorgesehen.

II. Genehmigung Haushaltsplan 2010

Die Haushaltssatzung 2010 wurde vom Kreistag am 14.12.2009 verabschiedet und vom Regierungspräsidium Stuttgart am 21.01.2010 genehmigt. Der Haushaltsplan wird festgesetzt:

Im Gesamtergebnishaushalt mit	353.058.000 Euro
Im Gesamtfinanzhaushalt mit	332.028.700 Euro

III. Neues Haushaltsrecht

Der Haushalt 2010 ist der **erste Haushalt** des Rems-Murr-Kreises nach dem neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) und somit ist dieser Finanzzwischenbericht der erste nach dem neuen Recht.

Zielsetzung des neuen Rechtes in Kurzform:

Kernpunkt der Reform ist, das bisher zahlungsorientierte Rechnungswesen durch ein ressourcenorientiertes Rechnungswesen als Grundlage für eine ressourcenorientierte Haushaltswirtschaft zu ersetzen.

Dem Rechnungskonzept liegt das Prinzip der (periodisierten) intergenerativen Gerechtigkeit zu Grunde, wonach jede Generation die von ihr verbrauchten Ressourcen mittels Entgelten und Abgaben wieder ersetzen soll, um nicht künftige Generationen damit zu belasten.

Wesentliche Inhalte des NKHR sind:

- ▶ Darstellung von Erträgen und Aufwendungen in Haushaltsplan und Rechnungslegung anstelle von Einnahmen und Ausgaben,
- ▶ Darstellung der Verwaltungsleistungen als Produkte,
- ▶ produktorientierte Gliederung des Haushaltsplans,
- ▶ Budgetierung der bereitgestellten personellen und sächlichen Ressourcen nach Aufgabenbereichen
- ▶ Dezentralisierung der Bewirtschaftungskompetenz und Zusammenfassung von Ressourcenverantwortung und Aufgabenverantwortung,
- ▶ Kosten- und Leistungsrechnung in allen Verwaltungsbereichen nach örtlichem Bedürfnis,
- ▶ Darstellung von Kennzahlen über Kosten und Qualität von Verwaltungsleistungen zur Steuerung nach Leistungszielen,

- ▶ periodische Information des Kreistags über die Zielerreichung als Grundlage für Steuerungsmaßnahmen,
- ▶ geänderte Form des Jahresabschlusses zur Vermittlung eines vollständigen Bildes über die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage,
- ▶ Zusammenfassung des Jahresabschlusses des Landkreises mit den Jahresabschlüssen der ausgegliederten, vom Landkreis beherrschten, rechtlich unselbständigen und selbständigen Einheiten und Gesellschaften zu einem Gesamtabchluss (konsolidierter Abschluss) als Rechnungslegung über alle Aktivitäten des Landkreises.

Um den Kommunen, die als erste – **vor dem Haushaltsjahr 2016** – das neue Rechnungswesen einführen, den Übergang auf das neue Haushaltsrecht zu erleichtern, wurden allerdings insbesondere hinsichtlich des Haushaltsausgleichs **Übergangsregelungen** formuliert.

Nach Artikel 13 Abs. 6 des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts können die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen (Abschreibungen und Rückstellungen) soweit sie nicht erwirtschaftet werden können, beim Haushaltsausgleich außer Betracht bleiben. Allerdings müssen auch während der Übergangsfrist mindestens die Anforderungen an den Haushaltsausgleich nach dem bisherigen (kameralen) Recht erfüllt werden; dies bedeutet die Erwirtschaftung eines Zahlungsmittelüberschuss mindestens in Höhe der planmäßigen Kredittilgungen.

Um nach dem **neuen Haushaltsrecht** einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, wären zusätzliche Erträge (z.B. Kreisumlage) in Höhe von **5,0 Mio. Euro** erforderlich. Angesichts der schlechten Haushaltslage der Gemeinden halten wir zusätzliche Einnahmen aus der Kreisumlage in dieser Höhe nicht für vertretbar. Deshalb wird für 2010 der Haushaltsausgleich nach **altem Recht** angestrebt, mit der Folge, dass sich die Netto-Investitionsrate auf 0 Euro beläuft.

Dies bedeutet jedoch höhere Kreditaufnahmen beim Landkreis, da nahezu alle Investitionen über Kredite finanziert werden müssen.

IV. Ergebnisse aus der Haushaltskonsolidierung

Teil- haushalt	Bezeichnung	Ergebnishaushalt Wenigeraufwendungen bzw. Mehrerträge u.a. Euro	Finanzhaushalt (Investitionstätigkeit) Wenigerauszahlungen bzw. Mehreinzah- lungen Euro
1	Oberste Kreisorgane und zugehörige Stabstellen u.a.	209.300 (u.a. Campus Backnang)	500
2	Querschnitt Dez. I	154.800 (Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen)	42.150
4	Querschnitt GB Finanzen	15.300	565.850 davon 148.000 € Hochbaumaßnahmen davon 413.000 € Mehreinzahlungen Konjunkturprogramm II
5	Forst und Straßen		265.000 · 245.000 € Radweg K 1834 Kirchberg-Kreisgrenze
6	Verkehr, Recht, Ordnung und Verbraucherschutz	393.900 (davon 339.000 € Betriebskosten Umlage Backnang-Marbach)	341.000 · S-Bahn Backnang – Marbach 200.000 Euro
7	Landwirtschaft, Umwelt, Technik und Kommunalrecht	106.400	5.500
8	Soziales, Jugend und Gesundheit	89.300	---
	Summe	969.000	1.220.000

Die Ergebnisse aus der Haushaltskommission werden **nicht** mehr zusätzlich bei den Erläuterungen zum Finanzzwischenbericht abgehandelt.

V. Quartalsbericht vom 31.08.2010

THH	davon Produkt	Bezeichnung	Stand zum 31.3.2010 T EUR	Stand zum 30.6.2010 T EUR	Stand zum 31.8.2010 T EUR	Stand zum 31.12.2010 T EUR	Anteil am Plan- ansatz 2010 %	Bereitgestellte Mittel Planansatz 2010 + HH-Reste T EUR
Ergebnishaushalt 2010								
Erträge								
1		Oberste Kreisorgane und zugehörige Stabstellen u.ä.	105	169	191		48,9	391
2		Querschnitt Dezernat 1	64	189	217		108,9	199
3		Schulen, Bildung und Kultur	2.243	4.484	6.708		71,8	9.337
	davon	Sachkostenbeiträge	2.080	4.060	4.060		49,8	8.149
4		Querschnitt GB Finanzen	5.019	5.592	5.800		93,1	6.228
5		Forst und Straßen	1.503	4.045	6.531		75,3	8.674
6		Verkehr, Recht, Ordnung und Verbraucherschutz	4.263	6.667	7.813		62,5	12.504
	54 70 01	ÖPNV	15	479	490		88,8	552
	21 40 01	Schülerbeförderung	2.807	2.831	2.849		50,8	5.608
7		Landwirtschaft, Umwelt, Technik und Kommunalrecht	24.565	26.654	27.884		75,3	37.019
	53 70 00 01	Abfallwirtschaft	23.914	25.225	25.892		75,8	34.169
8		Soziales, Jugend und Gesundheit	8.483	19.561	27.481		71,4	38.487
	PB 31	Soziale Hilfen	7.834	18.387	26.136		87,6	29.826
	PB 36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	616	1.089	1.347		26,4	5.098
9		Finanzwirtschaft	55.697	114.463	117.263		50,8	230.862
	61 10	Schlüsselzuw. v. Land	9.348	17.793	17.793		49,1	36.221
		Sonstige Zuweisungen v. Land	1.072	2.141	2.141		49,9	4.290
		Zuweisungen vom Land für untere Sonderbehörden (1995)	886	1.775	1.775		53,3	3.328
		Zuweisungen vom Land für Verwaltungsreform	2.205	4.414	4.414		50,0	8.832
		Zuweisungen vom Land f. Soziallastenausgleich (LWV)	0	3.174	3.174		98,4	3.227
		Grunderwerbsteuer	2.625	6.005	8.781		54,9	16.000
		Kreisumlage	39.561	79.121	79.121		50,0	158.243
		Zwischensumme	101.940	181.824	199.888		58,2	343.701
		aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0			4.349
		Gesamtsumme	101.940	181.824	199.888		57,4	348.050
Aufwendungen								
1		Oberste Kreisorgane und zugehörige Stabstellen u.ä.	496	1.053	1.362		50,3	2.709
2		Querschnitt Dezernat 1	7.034	10.237	11.346		100,6	11.280
3		Schulen, Bildung und Kultur	1.880	3.287	4.386		61,0	7.190
	21 20	Bereitstellung/ Betrieb v. Sonderschulen	441	791	1.053		74,9	1.406
	21 30	Bereitstellung/ Betrieb v. berufs- bildenden Schulen	552	1.144	1.527		47,9	3.191
4		Querschnitt GB Finanzen	13.395	14.540	15.179		47,7	31.846
5		Forst und Straßen	3.136	5.553	7.248		66,1	10.964
6		Verkehr, Recht, Ordnung und Verbraucherschutz	22.032	25.166	27.045		79,8	33.871
	54 70 01	ÖPNV	18.826	18.864	18.099		95,5	18.945
	21 40 01	Schülerbeförderung	1.670	3.255	5.035		61,3	8.219
7		Landwirtschaft, Umwelt, Technik und Kommunalrecht	26.563	28.880	30.434		72,9	41.734
	53 70 00 01	Abfallwirtschaft	24.312	24.478	24.913		80,3	31.030
8		Soziales, Jugend und Gesundheit	51.218	98.267	129.822		69,1	187.871
	PB 31	Soziale Hilfen	38.155	78.150	103.321		76,7	134.787
	PB 36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	7.003	19.396	25.573		94,1	27.165
9		Finanzwirtschaft	4.308	7.227	7.515		51,9	14.469
		Umlagen an das Land	2.774	5.548	5.548		50,0	11.095
		Umlage an Kommunalverband Jugend und Soziales	1.381	1.380	1.380		100,1	1.379
		Globale Minderausgaben	0	0	0		0,0	-1.500
		Zwischensumme	130.062	194.210	234.337		68,5	341.933
		Abschreibungen	0	0	0			16.041
		Gesamtsumme	130.062	194.210	234.337		65,5	357.974
	nachrichtlich:	Personal (inkl. in den Sachkosten enth. Personalnebenaufwendungen)	15.209	28.624	36.357		65,1	55.861

THH	davon Produkt	Bezeichnung	Stand zum 31.3.2010 T EUR	Stand zum 30.6.2010 T EUR	Stand zum 31.8.2010 T EUR	Stand zum 31.12.2010 T EUR	Anteil am Plan- ansatz 2010 %	Bereitgestellte Mittel Planansatz 2010 + HH-Reste T EUR
Finanzhaushalt 2010 - Investitions-/Finanzierungstätigkeit								
Einzahlungen								
1		Oberste Kreisorgane und zugehörige Stabstellen u.ä.	0	0	0		--	0
2		Querschnitt Dezernat 1	0	0	0		0,0	7
3		Schulen, Bildung und Kultur	306	309	331		--	0
4		Querschnitt GB Finanzen	479	760	1.354		122,7	1.104
5		Forst und Straßen	53	360	553		53,0	1.043
6		Verkehr, Recht, Ordnung und Verbraucherschutz	0	0	0		--	0
7		Landwirtschaft, Umwelt, Technik und Kommunalrecht	0	0	3		5,6	53
8		Soziales, Jugend und Gesundheit	0	0	0		--	0
9		Finanzwirtschaft	0	4	4		52,6	8
		Summe	838	1.433	2.245		101,4	2.215
		Einzahlungen aus Krediten	0	0	0			21.015
Auszahlungen								
1		Oberste Kreisorgane und zugehörige Stabstellen u.ä.	0	0	0		0,0	19
2		Querschnitt Dezernat 1	4	65	79		10,3	764
3		Schulen, Bildung und Kultur	59	143	382		34,8	1.099
4		Querschnitt GB Finanzen	794	1.833	2.814		25,0	11.275
5		Forst und Straßen	529	959	1.650		27,9	5.915
6		Verkehr, Recht, Ordnung und Verbraucherschutz	3.360	240	3.572		66,2	5.394
7		Landwirtschaft, Umwelt, Technik und Kommunalrecht	0	346	474		125,6	377
8		Soziales, Jugend und Gesundheit	198	217	217		54,3	400
9		Finanzwirtschaft	0	0	0		--	0
		Summe	4.944	3.803	9.188		36,4	25.243
		Tilgung von Krediten	0	80	119			12.766

VI. Erläuterungen zur Haushaltsrechnung Stand 31.08.2010.

Nachfolgend werden die wesentlichen Veränderungen dargestellt, die sich bis jetzt im Haushalt 2010 abzeichnen.

Teilhaushalt **Bezeichnung**

3 Schulen, Bildung und Kultur

b) Finanzhaushalt

Beim **Kreisberufsschulzentrum in Schorndorf** wurde dem Rems-Murr-Kreis am Rande des Gesamtareals ein Objekt zum Kauf angeboten. Das Nebengebäude ist bereits seit 1991 im Besitz des Landkreises. Zur Abrundung des Areals wäre es wichtig, dieses Objekt zu erwerben. Von Mehrauszahlungen von rd. **300.000 Euro** ist auszugehen. Hierzu ist eine außerplanmäßige Auszahlungsgenehmigung erforderlich.

4 Querschnitt GB Finanzen

b) Finanzhaushalt

Mit dem Finanzbaubeschluss zum Neubau des Krankenhauses in Winnenden durch den Kreistag am 14.07.2008 (DS 68/2008a) wurde festgelegt, dass die Verkaufserlöse von den Häusern in Backnang und Waiblingen der Rems-Murr-Kliniken gGmbH zusteht. Derzeit stehen zwei Reihenhäuser in Waiblingen zum Verkauf an. Ein Haus konnte bereits verkauft werden (s.DS 63/2010). Es ist von Einzahlungen von rd. **500.000 Euro** abzüglich Maklerkosten auszugehen.

Dieser Erlös steht den Rems-Murr-Kliniken gGmbH zu. Hierzu ist eine entsprechende außerplanmäßige Auszahlungsgenehmigung von rd. **488.000 Euro** notwendig.

5 Forst und Straßen

Straßen

b) Finanzhaushalt

K 1816 Ortsdurchfahrt Sulzbach

Am 08.11.2008 wurde die ausgebauten Ortsdurchfahrt wieder für den Verkehr freigegeben. Die Baukosten waren mit 500.000 € veranschlagt. Tatsächlich belaufen sich die Baukosten für den Kreis auf 538.000 €. Angefallene Mehrkosten in Höhe von 38.000 € sind bedingt durch die Entsorgung teerhaltigen Straßenaufbruchs und durch die Verlängerung der Ausbaustrecke. Im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit des Kreisstraßenhaushalts werden die Mehrkosten ausgeglichen. Die Bezahlung der Baurechnungen erfolgte durch den Kreis. Im Jahr 2010 erfolgte die Schlussrechnung sowie die Erstattung der Gemeinde Sulzbach an den Kreis.

K 1819 Spiegelberg – Vorderbüchelberg

Die Bauarbeiten für den Ausbau der K 1819 wurden vom Umwelt- und Verkehrsausschuss am 07.07.2008 zum Angebotspreis von 1.538.746 Euro vergeben. Gegenüber dem Kostenanschlag aus dem Jahr 2006 mit 2.300.000 Euro reduzieren sich die Gesamtkosten auf rd. 1.800.000 Euro. Der Haushaltsansatz für das Jahr 2009 konnte entsprechend reduziert werden. Die Baumaßnahme ist abgeschlossen und konnte am 31. August 2009 dem Verkehr übergeben werden. Im Jahr 2009 betrug der Ausgabenstand 1.517.000 €.

Die Mehrausgaben von ca. 205.000 € werden im Rahmen der unechten bzw. gegenseitigen Deckungsfähigkeit des Kreisstraßenhaushalts abgedeckt.

K 1914 Höfen – Bürg

Der Kreistag hat der Maßnahme am 14. Juli 2008 zugestimmt. Mit dem Grunderwerb wurde gemeinsam mit der Stadt Winnenden begonnen. Derzeit beträgt der Ausgabe-stand für den Grunderwerb rd. 27.000 €. Für die Maßnahme erwartet der Rems-Murr-Kreis einen Zuschuss nach dem Entflechtungsgesetz (GVFG). Der Antrag wird im Herbst 2010 für das Jahr 2012 gestellt. Die Bauarbeiten werden erst ausgeschrieben, wenn die Zuschussbewilligung erfolgt ist.

K 1881 Beseitigung Bahnübergang zwischen Schorndorf und Urbach

Der Kreistag hat die Maßnahme am 14. Juli 2008 beschlossen. Die Eisenbahnkreuzungsvereinbarung wurde von der DB Netz AG und dem Rems-Murr-Kreis bereits unterzeichnet. Die Vereinbarung bedarf noch der Genehmigung durch den Bund für dessen Kostendrittel. Das Kostendrittel für den Kreis beträgt 2.077.333 €. Darauf erhält der Kreis einen Zuschuss nach dem Entflechtungsgesetz (GVFG). Dieser Zuschussantrag wurde gestellt und ist bereits bewilligt. Ein Planfeststellungsbeschluss vom 09.10.2008 liegt vor. Da die DB Netz AG ihren Kostenanteil erst für das Jahr 2012 einplant, wird die Maßnahme entsprechend verschoben. Feste, nicht mehr verschiebbare Termine zum Eingriff in den Bahnbetrieb wurden bereits mit der Bahn vereinbart. Bisher sind Ausgaben für Planungen und Grunderwerb in Höhe von 191.000 Euro angefallen.

K 1906 Erbstetten – Maubach

Bei dieser Maßnahme wurden im Jahr 2010 noch 129.000 € abgerechnet. Ein Ansatz für das Haushaltsjahr 2010 wurde nicht eingeplant. Auch diese Mehrausgaben müssen im Rahmen der unechten bzw. gegenseitigen Deckungsfähigkeit des Kreisstraßenhaushalts abgedeckt werden.

K 1866 Endersbach Kreisverkehr Aldi-Kreuzung

Diese Maßnahme wurde mit der Stadt Weinstadt abgerechnet. Hierbei wurden dem Landkreis von der Stadt Weinstadt 37.000 € erstattet.

K 1915 Berglen Ortsdurchfahrt Öschelbronn

Bei dieser Maßnahme erfolgt noch in diesem Jahr die Schlussabrechnung. Hierbei wird dann eine Einnahme des Gemeindeanteils i.H.v. von ca. 120.000 € zu erwarten sein.

Radwegprogramm

Für den Radweg K 1904 Backnang – Strümpfelbach wurden abschließend noch 7.800,- € sowie für den Radweg entlang der K 1834 von Kirchberg bis zur Kreisgrenze 4.500,- € aufgewendet. Wegen erforderlich werdender Einsparungen ist dieses Projekt sowie der Radweg entlang der K 1916 Schornbach und Birkenweißbuch (Realisierung unbekannt) vorläufig zurückgestellt. Der Radweg entlang der K 1832 Backnang – Schöntal wird in 2011 zur Zahlung fällig.

Brücken

Die zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 250.000 Euro werden für die Sanierung von Brücken im Zuge von Kreisstraßen verwendet. Bis zum 31.07.2010 wurden 21.500 € aufgewendet.

Beläge

Für Belagsarbeiten wurden neben dem Haushaltsansatz von 1.000.000 € zusätzlich 390.000 € aus nicht verbrauchten Haushaltsmitteln des Jahres 2009 zur Verfügung gestellt.

Davon wurden bisher 970.000 € verfügt bzw. verplant:

Nachfolgend sind die Vergaben dargestellt:

K 1854	OD Korb	80.000
K 1907	Unterbrüden - Lippoldweiler - Sechselberg	340.000
K 1889	Alfdorf - Brend	60.000
K 1828	Hohrot	40.000
K 1872	Birkenweißbuch - Vorderweißbuch	120.000
K 1916	Birkenweißbuch - Oppelsbohm	150.000
K 1845	Nellmersbach (Kreisverkehr)	30.000
K 1892	Hellershof - Hüttenbühl	150.000
	Gesamt	970.000

Der Auszahlungsstand zum 31.07.2010 beläuft sich auf 151.000 €

6 Verkehr, Recht, Ordnung und Verbraucherschutz

a) Ergebnishaushalt

Zum 01.08.2010 wurden einzelne Gebührentatbestände bei der Kfz.- und Fahrerlaubnisbehörde angepasst. Mit dieser Erhöhung kann voraussichtlich der Planansatz 2010 erreicht werden.

b) Finanzhaushalt

Es ist vorgesehen, die Technik bei der elektronischen Verkehrsüberwachung auf den neuesten Stand zu bringen. Hierfür werden **180.000 Euro** eingestellt. Hierzu ist eine **überplanmäßige Auszahlungsgenehmigung** erforderlich.

7 Landwirtschaft, Umwelt, Technik und Kommunalrecht

a) Ergebnishaushalt

Im Gebührenhaushalt **Abfallwirtschaft** (dieser hat keinen Einfluss auf den allgemeinen Haushalt, da Sonderrechnung) ist davon auszugehen, dass dieser keine negativen Überraschungen bringen wird.

b) Finanzhaushalt

Für die **Biomüllvergärungsanlage in Backnang-Neuschöntal** sind noch Restgrundstücke zur Abrundung des Gesamtareals zu erwerben. Es ist von zusätzlichen Grunderwerbskosten von rd. **40.000 Euro** auszugehen.

Soziales, Jugend und Gesundheit**a) Ergebnishaushalt****Ein Überblick über die wesentlichsten Veränderungen des Geschäftsbereichs
Soziales**

lfd.Nr.	Produkt	Mehraufwendungen / Mindererträge Euro	Minderaufwendungen / Mehrerträge Euro
1	31.10.01 Hilfe zur Pflege	410.000	410.000
2	31.10.02 Eingliederungshilfe	2.570.000	1.090.000
3	31.10.03 Hilfe zur Gesundheit	--	750.000
4.	31.10.05 Hilfe zum Lebensunterhalt / Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	750.000	1.050.000
5	31.10.07 Sonstige Hilfen zur Überwindung bes. sozialer Schwierigkeiten	--	220.000
6	31.20.01 Leistungen für Unterkunft und Heizung	3.300.000	600.000
	Summe:	7.030.000	4.120.000
	Saldo:	2.910.000	

Nachfolgend die entsprechenden Erläuterungen:

1. Produkt 31.10.01 Hilfe zur Pflege

Für die Hilfe zur Pflege im stationären sowie im ambulanten Bereich wurden für das laufende Haushaltsjahr **14.802.600 EUR** für Aufwendungen eingeplant. Es wird mit einer Überschreitung von **410.000 EUR** gerechnet.

Den Mehraufwendungen stehen derzeit **210.218 EUR** Mehrerträge gegenüber. Zum Jahresende wird mit einer Planüberschreitung von etwa **410.000 EUR** gerechnet, so dass kein zusätzlicher Zuschussbedarf besteht.

2. Produkt 31.10.02 Eingliederungshilfe

Der Planansatz für die Leistungen der Eingliederungshilfe beträgt für das Jahr 2010 **54.575.000 EUR** und wurde gegenüber dem Vorjahr um **4.685.100 EUR** erhöht. Dies bedeutet eine Anhebung von 8,6 Prozent. Die derzeitigen Hochrechnungen ergeben zum Jahresende Mehraufwendungen von ungefähr **2.570.000 EUR**.

Die Ursache hierfür liegt einerseits bei den jährlich steigenden Fallzahlen in nahezu allen Bereichen der Eingliederungshilfe, welche schwer kalkulierbar sind. Weiter spielen aber auch die Anhebungen der Vergütungssätze stationär wie ambulant eine wichtige Rolle.

Zum jetzigen Zeitpunkt stehen den Mehraufwendungen Mehrerträge von **986.185 EUR** gegenüber. Derzeitige Kalkulationen versprechen auf der Ertragsseite zum Jahresende eine Überschreitung des Planansatzes von ca. **1.090.000 EUR**.

3. Produkt 31.10.03 Hilfe zur Gesundheit

Die Hochrechnung ergibt eine Minderaufwendung von etwa **750.000 EUR** gegenüber dem Planansatz von **1.340.000 EUR**. Auf der Ertragsseite werden zum Jahresende keine Über- oder Unterschreitungen der eingeplanten **57.000 EUR** erwartet.

Die Minderaufwendungen sind dadurch zu begründen, dass seit 01.04.2007 bzw. 01.07.2007 die Neufälle grundsätzlich über die Rentenkassen krankenversichert sind. Ein Rückgang der Aufwendungen war schon in den Vorjahren ersichtlich. Nachdem man den Planansatz 2009 von **1.564.100 EUR** im Jahr 2010 bereits auf **1.340.000 EUR** reduziert hat, kann der Plansatz im folgenden Jahr nochmals stark verringert werden. Eine weitere Erklärung für den Rückgang der Aufwendungen bei diesem Produkt ist, dass bei Personen, die gleichzeitig Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherungsleistungen erhalten, die Leistungen auf das Produkt Hilfe zum Lebensunterhalt/ Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gebucht werden.

4. Produkt 31.10.05 Hilfe zum Lebensunterhalt/ Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Für die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie für die Hilfe zum Lebensunterhalt wurden für das Haushaltsjahr 2010 insgesamt **15.331.800 EUR** eingeplant. Entsprechend den vorläufigen Ergebnissen der Hochrechnung werden die Aufwendungen den Planansatz um etwa **750.000 EUR** überschreiten. Die Ursache für die Planüberschreitung liegt bei der unter Ziffer 3 beschriebenen Buchungsproblematik.

Auf der Ertragsseite ist eine Überschreitung von ca. **1.050.000 EUR** zu erwarten. Diese resultiert hauptsächlich aus der unerwartet hohen Ausgleichsleistung des Bundes. Hierfür wurden 960.000 EUR eingeplant und tatsächlich konnten **1.635.448 EUR** verbucht werden.

5. Produkt 31.10.07 Sonstige Hilfen zur Überwindung bes. soz. Schwierigkeiten

Für die Sonstigen Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten wurde ein Planansatz von **2.232.500 EUR** für Aufwendungen eingestellt. Zum Jahresende kann mit einer Planunterschreitung von ca. **220.000 EUR** gerechnet werden. Auf der Ertragsseite ist mit keiner wesentlichen Über- oder Unterschreitung des Planansatzes von **133.000 EUR** zu rechnen.

6. Produkt 31.20.01 Leistungen für Unterkunft und Heizung

Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende werden von der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen getragen. Den größten Anteil am kommunalen Aufwand stellen die Kosten der Unterkunft und Heizung mit einem Planansatz von **40.341.000 EUR** für das Haushaltsjahr 2010 dar. Von den tatsächlichen Aufwendungen bekommt der Landkreis 27 % vom Bund erstattet. Baden-Württemberg hat neben Rheinland-Pfalz das Privileg einer Sonderquote, die restlichen Bundesländer erhalten im Jahr 2010 nur 23 % Erstattung. Die im § 46 SGBII verankerte Regelung zur Bundeserstattung ist an die Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften in den zurückliegenden Jahren gekoppelt und wird jährlich neu festgesetzt.

Auch im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende ist das Jahr 2010 noch durch die Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt. Nachdem sich zuerst im Bereich des Arbeitslosengeldes I Auswirkungen zeigten, haben sich die Geschehnisse später auch auf den Bereich des Arbeitslosengeldes II ausgewirkt. Dies hatte einen erheblichen Anstieg der Bedarfsgemeinschaften zur Folge.

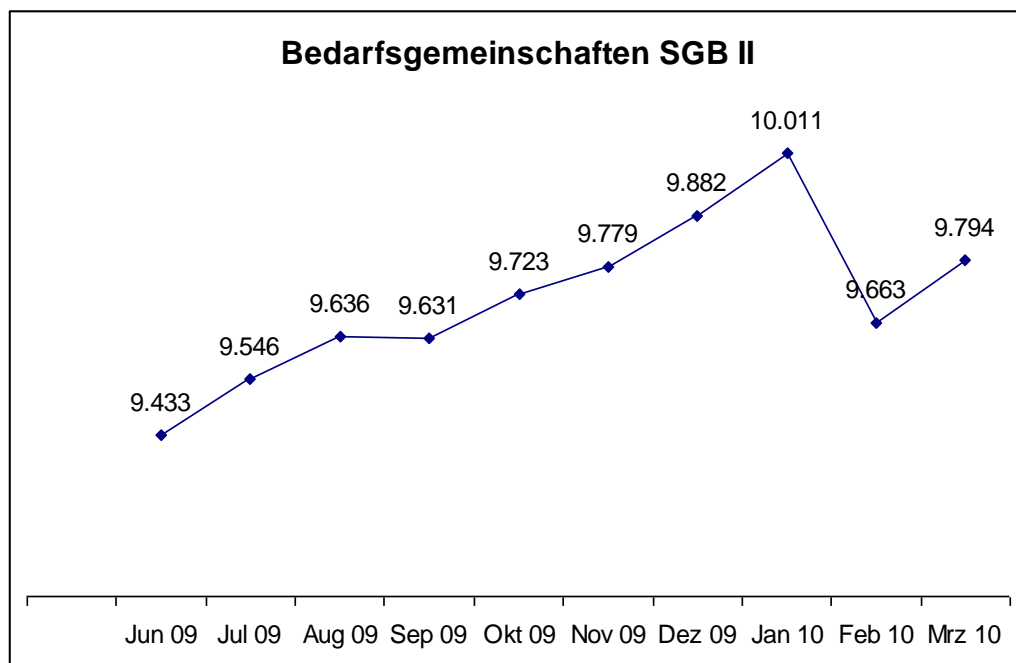
Aktuelle Hochrechnungen zeigen, dass bis zum Jahresende mit einem Mehraufwand von ca. **3.300.000 EUR** gerechnet werden muss. Ursache hierfür sind die stark ansteigenden Fallzahlen sowie die steigenden Unterkunftskosten. Ein Rückgang der Bedarfsgemeinschaften ist derzeit nicht erkennbar. Die vorläufigen Zahlen für die Monate April bis Juni liegen zwischen **9.902** und **9.980** Bedarfsgemeinschaften.

Zwar könnten durch höhere Aufwendungen im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende auch höhere Erstattungen erwartet werden, jedoch gab es auch unerwartete Kürzungen. So wurde die Wohngeldentlastung rückwirkend ab dem Jahr 2009 neu berechnet und der Erstattungsbetrag auf 1.667.321 EUR festgelegt. Die 90-prozentige Vorschussleistung für das Jahr 2010 beträgt somit 1.500.589 EUR.

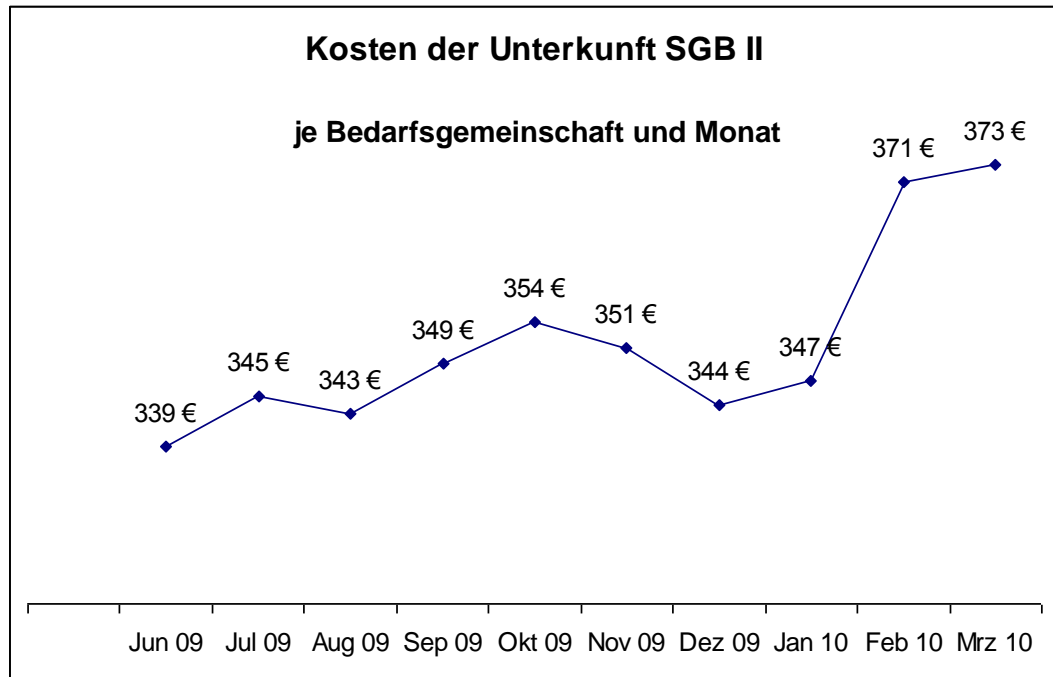
Davon wurde die Überzahlung aus dem Jahr 2009 von 616.667 EUR abgesetzt, so dass anstatt den geplanten 2,3 Mio. EUR lediglich 883.922 EUR als Einnahme verbucht werden konnten. Trotz Mindererträge bei der Wohngeldentlastung wird aufgrund der Bundeserstattungen insgesamt mit einem Mehrertrag von **600.000 EUR** für das Jahr 2010 gerechnet, der Planansatz beträgt 13.152.000 EUR.

Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften

Monat	BG	Personen	Kosten der Unterkunft + Heizung je BG im Monat
Juni 09	9.433	18.204	339 €
Juli 09	9.546	18.383	345 €
August 09	9.636	18.438	343 €
September 09	9.631	18.480	349 €
Oktober 09	9.723	18.629	354 €
November 09	9.779	18.658	351 €
Dezember 09	9.882	18.848	344 €
Januar 10	10.011	19.048	347 €
Februar 10	9.663	18.283	371 €
März 10	9.794	18.543	373 €



Entwicklung der Kosten der Unterkunft



Ein Überblick über die größten Veränderungen des Geschäftsbereiches Besondere Soziale Hilfen

lfd.Nr.	Produkt	Mehraufwendungen / Mindererträge Euro	Minderaufwendungen / Mehrerträge Euro
4	31.50.01 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz		130.000

Nachfolgend die entsprechend Erläuterungen:

1. Produkt 31.10.04 Hilfe für blinde Menschen

Die Hilfe für blinde Menschen beinhaltet die Landesblindenhilfe, die Blindenhilfe nach dem Bundesversorgungsgesetz sowie die Blindenhilfe nach dem SGB XII. Für das laufende Haushaltsjahr wurden 1.575.000 EUR für Aufwendungen eingeplant. Die Hochrechnungen zeigen, dass der Planansatz eingehalten werden kann. Den Aufwendungen stehen Erträge mit einem Planansatz von 18.000 EUR gegenüber. Die derzeitigen Erträge belaufen sich auf 12.511 EUR. Somit wird auch der Planansatz auf der Ertragsseite zum Jahresende nicht wesentlich über- oder unterschritten.

2. Produkt 31.30.01 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Für die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wurde für das Haushaltsjahr 2010 ein Planansatz von 1.254.500 EUR eingestellt. Hiervon wurden bis zum 31.05.2010 604.653 EUR zur Auszahlung angewiesen. Aktuelle Hochrechnungen lassen Gesamtaufwendungen von 1.386.000 EUR vermuten, womit der Planansatz um 131.500 EUR überschritten wäre. Für Erträge wurden 183.000 EUR eingeplant. Dieser Planansatz ist bereits jetzt um 35.202 EUR überschritten, so dass die Mehraufwendungen zum Jahresende durch Mehrerträge gedeckt werden können.

3. Produkt 31.40.01 Verwaltung und Betrieb von Unterkünften und Einrichtungen

Für die Verwaltung und den Betrieb von Unterkünften und Einrichtungen wurden im Haushaltsjahr 2010 554.000 EUR für Aufwendungen bereitgestellt. Als Erträge werden 349.700 EUR erwartet. Auf der Aufwendungsseite wird eine Planüberschreitung von ca. 320.000 EUR erwartet. Diese kann durch die zu erwartende Planüberschreitung auf der Ertragsseite von etwa demselben Betrag ausgeglichen werden.

4. Produkt 31.50.01 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz

Die Aufwendungen für die Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz wurden mit 1.540.000 EUR eingeplant. Nachdem momentan 680.053 EUR ausbezahlt wurden, geht man davon aus, dass der Planansatz um ca. 130.000 EUR unterschritten wird. Als Erträge wurden 1.268.400 EUR angesetzt. Nach einer prozentualen Hochrechnung kann mit einem Gesamtertrag von 801.900 EUR gerechnet werden. Jedoch wird der Großteil der Aufwendungen durch Bund und Land erstattet, so dass die derzeitigen Mindererträge bis zum Jahresende vermutlich nahezu ausgeglichen werden und der Planansatz eingehalten werden kann.

Ein Überblick über die größten Veränderungen des Geschäftsbereichs Jugend

lfd.Nr.	Produkt	Mehraufwendungen / Mindererträge Euro	Minderaufwendungen / Mehrerträge Euro
1	36.30.02: Gemeinsame Wohnform		25.900 €
2	36.30.02: Notsituation		41.800 €
	Zwischensumme	--	67.700 €
3	36.30.03: Kostenerstattung	220.000 €	
4	36.30.03: ambulante Erziehungshilfen		299.500 €
5	36.30.03: Erziehungsbeistandschaften	63.500 €	
5	36.30.03: Sozialpäd. Familienhilfe	409.500 €	
6	36.30.03: Tagesgruppe	168.000 €	
7	36.30.03: Vollzeitpflege	40.000 €	
8	36.30.03: Heimerziehung klassisch Minderj.		437.000 €
8	36.30.03: Hilfen in Erziehungsstellen Minderj.		32.600 €
9	36.30.03: Eingliederungshilfe Heim Minderj.	494.500 €	
10	36.30.03: ambul. Eingliederungshilfe Minderj.		75.500 €
11	36.30.03: Heimerziehung klassisch Vollj.		62.000 €
11	36.30.03: Betreutes Jugendwohnen Vollj.		63.500 €
	Zwischensumme	1.395.500	970.100
12	36.50.07: Tageseinrichtung	288.000 €	65.000 €
13	36.50.07: Tagespflege	754.000 €	
14	36.50.07: Weiterleitung an Tagespflegevereine §25	50.000 €	
	Zwischensumme	1.092.000 €	65.000 €
	Summe:	2.487.500	1.102.800 €
	Saldo:	1.384.700	

Allgemeines

Bis zum Haushaltsjahr 2004 betrug der Zuschussbedarf kontinuierlich rund eine Million Euro im Jahr. 2005 stagnierte der Nettobedarf und im Jahr 2006 konnte der Mittelbedarf sogar um ca. 750.000 € gesenkt werden. Seit 2007 sind wieder kontinuierliche Steigerungen des Zuschussbedarfs zu verzeichnen. Die auch im Jahr 2010 gestiegenen Jugendhilfekosten durch z.B. Umsetzung des Gesetzes KiföG zur Tagespflege und den Ausbau der ambulanten Hilfen ergeben bei einer realistischen Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 eine Überschreitung des Haushaltsansatzes um rund 1.380.000 €.

Nachfolgend die entsprechenden Erläuterungen:

1. Produkt 36.30.02 Gemeinsame Wohnform:

Seit Jahren sind steigende Fallzahlen und somit steigende Kosten bei der Hilfeart „Gemeinsame Wohnform von Mutter/Vater und Kind“ zu verzeichnen. Derzeit sind die Fallzahlen jedoch stabil, so dass wir 2010 von Minderaufwendungen von **25.900 €** ausgehen.

2. Produkt 36.30.02 Notsituation

Nach Jahren gleichbleibender Fallzahlen und Kosten waren im Jahr 2009 bei dieser Hilfeart ansteigende Fallzahlen und Mehrkosten zu beobachten gewesen. Im Jahr 2010 setzt sich dieser Anstieg bisher nicht fort, so dass wir von Minderaufwendungen von **41.800 €** ausgehen.

Im **Produkt 36.30.02** ist somit von einer Ersparnis bei den Aufwendungen von rd. **67.700 €** auszugehen.

3. Produkt 36.30.03 Kostenerstattung:

Durch steigende Fallzahlen und Erhöhung der Jugendhilfeentgelte sind Mehraufwendungen bei Kostenerstattungen in Höhe von 220.000 € zu erwarten.

4. Produkt 36.30.03 Ambulante Erziehungshilfen:

Zentraler Inhalt des Konzepts Umbau der Jugendhilfe ist die verstärkte Investition in ambulante Hilfen mit dem Ziel, dem weiteren Anstieg stationärer Hilfen entgegenzuwirken.

Im Bereich der ambulanten Erziehungshilfe findet eine Verlagerung der Einzelfallhilfen bei den ambulanten Erziehungshilfen hin zu den Erziehungsbeistandschaften und der Sozialpädagogischen Familienhilfe statt. Zudem werden sowohl 2010 als auch 2011 bereits geplante Sozialraumprojekte verschoben. Hierdurch werden Aufwendungen von rund **299.500 €** eingespart.

5. Produkt 36.30.03 Erziehungsbeistandschaften / Sozialpädagogische Familienhilfe

Der Ausbau durch freie Träger ist auch im Jahr 2010 ein zentrales Thema. Die für das Haushaltsjahr 2010 geplanten Ansätze werden voraussichtlich um ca. **63.500 €** bzw. um **409.500 €** überschritten.

6. Produkt 36.30.03 Tagesgruppe

Auch bei der Hilfeart „Tagesgruppe“ sind steigende Fallzahlen und damit verbundene Mehraufwendungen zu verzeichnen. Immer häufiger wird aus pädagogischen Gründen der Besuch einer Tageseinrichtung nach § 32 Abs. 2 SGB VIII als Tagesgruppe abgewickelt. Dies führt zu Mehrkosten von rund **168.000 €**.

7. Produkt 36.30.03 Vollzeitpflege

Die Fallzahlen in der Vollzeitpflege sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Diese Steigerung ist gezielt erreicht worden, da der Fachdienst Vollzeitpflege personell verstärkt wurde. Auch 2010 sind vermehrt Kinder und Jugendliche in Vollzeitpflege vermittelt worden, so dass wir mit einer Überschreitung des Haushaltsansatzes um **40.000 €** rechnen.

8. Produkt 36.30.03 Heimerziehung klassisch Minderjähriger / Hilfen in Erziehungsstellen Minderjähriger

Im Bereich der vollstationären Heimunterbringung Minderjährige erwarten wir eine Senkung der Aufwendungen von rund **437.000 €**, bei den Hilfen in Erziehungsstellen bei Minderjährigen ist mit einer Aufwandssenkung von rund **32.600 €** zu rechnen.

9. Produkt 36.30.03 Eingliederungshilfe für Minderjährige ins Heim

Die Aufwendungen für die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen werden stark von äußeren Faktoren beeinflusst. Aufgrund steigender Kosten rechnen wir im Bereich der vollstationären Eingliederungshilfe mit Mehraufwendungen von ca. **494.500 €**.

10. Produkt 36.30.03 Ambulante Eingliederungshilfe Minderjähriger

In diesem Bereich sind weiterhin ansteigende Fallzahlen und somit höhere Kosten zu verzeichnen. 2010 fallen diese Steigerungen jedoch gemäßiger aus als erwartet, so dass wir für 2010 eine Senkung der Aufwendungen um rund **75.500 €** erwarten.

11. Produkt 36.30.03 Heimerziehung klassisch vollj. / Betreutes Jugendwohnen vollj.

Im Bereich der jungen Volljährigen sind leicht sinkende Fallzahlen im Bereich der vollstationären Heimerziehung zu verzeichnen. Die Ansätze der klassischen Heimerziehung und auch der des betreuten Jugendwohnens werden voraussichtlich um insgesamt **125.500 €** unterschritten.

Insgesamt ergibt sich beim Produkt 36.30.03 einen Mehraufwand von rund **425.400 €**.

12. Produkt 36.50.07 Tageseinrichtung

Von den Eltern wird seit 01.07.2009 ein Kostenbeitrag erhoben, gestaffelt nach Einkommen, Betreuungsumfang und Alter des Kindes.

Es werden 2010 Mehrerträge von **65.000 €** erwartet.

Auch im Jahr 2010 sind steigende Kosten im Bereich der Tageseinrichtungen zu verzeichnen. Durch den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote haben immer mehr Eltern bzw. alleinerziehende Elternteile die Möglichkeit, eine Ganztagesbetreuung in Anspruch zu nehmen. Zudem arbeiten sehr häufig alleinerziehende Elternteile auf geringfügiger Basis, so dass eine erhöhte Nachfrage nach Betreuungsangeboten wie Kernzeitbetreuung, Hort etc. besteht. Seit Januar 2009 können außerdem steigende Fallzahlen und damit einhergehende Kostensteigerungen im Bereich Regelkindergärten bei Bezug von Arbeitslosengeld II verzeichnet werden.

Bei einigen Städten und Gemeinden ist die Entwicklung zu beobachten, dass eine Ermäßigung des Kindergartenbeitrags bei sozial schwachen Familien nur dann erfolgt, wenn die Eltern bzw. der alleinerziehende Elternteil den Kindergartenbeitrag selbst übernehmen. Sobald eine Übernahme der Betreuungskosten durch das Kreisjugendamt erfolgt, ist der nichtermäßigte Kindergartenbeitrag zu entrichten.

Am 31.12.2007 waren 600 Fälle beim Kreisjugendamt anhängig, am 30.04.2010 847 Fälle.

Im Bereich der Tageseinrichtungen wird somit mit Mehraufwendungen von rund 288.000 € gerechnet.

Wie bereits in den Finanzzwischenberichten der Vorjahre ausgeführt wurde, übernimmt die ARGE nur noch dann die Kinderbetreuungskosten für Regelkindergärten, wenn die Eltern bzw. der alleinerziehende Elternteil trotz sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung noch aufstockend Arbeitslosengeld II erhalten. Die Kosten für alle anderen Betreuungsangebote (wie z.B. Tagespflege, Ganztageskindergärten, Regelkindergärten bei nicht sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung der Eltern) hat das Kreisjugendamt zu tragen.

13. Produkt 36.50.07 Tagespflege

Zum 01.01.2009 trat das Gesetz KiföG in Kraft, welches im Rems-Murr-Kreis zum 01.07.2009 umgesetzt wurde. Die Tagespflegeperson erhält seit Januar 2010 pro Stunde 5,50 € (bis 31.12.2009 3,90 €/Stunde) vom Kreisjugendamt bezahlt. Auch wird die Tagespflege als erweiterte Hilfe und nicht mehr als ergänzende Hilfe geleistet. Dies bedeutet einen erheblichen Mehrbedarf an finanziellen Mitteln. Es sind stark ansteigende Fallzahlen seit 01.07.2009 zu verzeichnen, da sämtliche Tagespflegeverhältnisse, auch die bisherigen privaten Tagespflegeverhältnisse, vom Kreisjugendamt abzuwickeln sind. Seit 01.07.2009 muss zudem vom Kreisjugendamt an die Tagespflegeperson ein Zuschuss für die Krankenversicherung, private Altersvorsorge und Unfallversicherung geleistet werden. Die Betreuungsintensität ist um ein vielfaches höher als bisherige Einschätzungen vermuten ließen. Auch 2010 ist ein ungebremster Fallanstieg zu verzeichnen. Da sowohl die Fallzahlen (31.12.2008 = 60 Fälle, aktuell über 400 zu bearbeitende Fälle) als auch die Betreuungsintensität

stärker als vermutet ansteigen, wird im Jahr 2010 von Mehraufwendungen in Höhe von **754.000 €** ausgegangen.

14. Produkt 36.50.07 Weiterleitung an Tagespflegevereine § 25

An die Tagespflegevereine gemäß § 25 SGB VIII sind 2010 voraussichtlich **50.000 €** mehr weiterzuleiten.

--. Integrationshilfen

Verhandlungen mit den Städten und Gemeinden über die Kostenerstattung bei den Integrationshilfen stehen noch aus. Es ist mit wesentlichen Mehrbelastungen zu rechnen. Diese können derzeit jedoch nicht beziffert werden.

Geschäftsbereiche Soziales, Besondere Soziale Hilfen und Jugend

Werthaltigkeit von Forderungen

Mit dem neuen Haushaltsrecht (NKHR) sind auch Forderungen entsprechend der Werthaltigkeit neu zu bewerten. Bereits seit 3 Jahren hat sich der Geschäftsbereich Finanzen sehr intensiv mit den betroffenen Geschäftsbereichen und der Kreisprüfung diesem Thema gewidmet.

Im sozialen Bereich gibt es sehr viele Forderungen, die EDV-technisch angebunden werden müssen, bei der die Werthaltigkeit aber schwer zu qualifizieren ist. Um große Schwankungen bei den Rechnungsergebnissen zu vermeiden, wurde in diesen Bereichen das sogenannte „Soll-Ist“-Anpassungsverfahren für ausgewählte Einnahmegruppen eingesetzt. Dieses Verfahren wurde bis zum Abschluss 2009 eingesetzt. Ab 2010 gibt es nun neue Rahmenbedingungen. Es müssen **einmalig** in 2010 höhere Forderungen im sozialen Bereich eingebucht werden. Eine abschließende Beurteilung (unter Einbeziehung der Kreisprüfung) konnte aus zeitlichen Gründen noch nicht erfolgen.

Nach überschlägiger Berechnung könnten hier einmalig **rd. 2,1 Mio. Euro** Mehrträge eingebucht werden. Dies bedeutet aber auch, dass sich die Kassenlage um diesen Betrag verschlechtert.

Finanzwirtschaft

a) Ergebnishaushalt

Produkt 61.10.00 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

1. Schlüsselzuweisungen

Für 2009 mussten rd. **211.000 Euro** zurückerstattet werden. Der Grund hierfür ist eine Reduzierung der Ausschüttungsquote. Im Wesentlichen durch geringere Einwohnerzahlen (beim Erstellen des Haushalts stehen die Vorjahreszahlen zum 30.06. noch nicht zur Verfügung) reduziert sich der Auszahlungsbetrag für 2010 um **202.000 Euro**. Insgesamt sind **Wenigererträge** von insgesamt **413.000 Euro** zu verzeichnen.

2. Zuweisungen vom Land für die unteren Sonderbehörden (§ 11 Abs. 4 FAG aus dem Jahre 1995)

Hier ist von Mehrerträge in der Höhe von rd. **217.000 Euro** auszugehen.

3. Grunderwerbsteuer

Die aktuelle Hochrechnung - **Stand Ende August** – geht von Wenigererträgen in Höhe von **600.000 Euro** aus.

VII: Bericht über die Erzielung der Effizienzrendite für die Eingliederung der unteren Sonderbehörden 2009

Verwaltungsreform Rechnungsergebnis 2009

Lfd. Nr.	HHStelle	Bezeichnung	Gesamt	Planansatz	Abweichungen
1	1.1110.0610	Gebühren, Verwarnungen, u.ä.	221.899,18	240.000	-18.101
2	0610	Gebühren, Verwarnungen, u.ä.	1.093.962,74	1.863.000	-769.037
3	1340	Kostensätze (Einnahmen aus Verkauf)	6.706,34	10.000	-3.294
4	1400	Mieten und Pachten	5.560,00	7.200	-1.640
5	1510	Ersätze	76.725,96	50.000	26.726
6	1550	Ersätze für die Betreuung von Privatwald	24.655,81	48.000	-23.344
7	1590	Vermischte Einnahmen	346,95	1.000	-653
8	1610	Erstattungen vom Land (u.a. elektr. Grundbuch)	193.819,11	152.000	41.819
9	1620	Forstverwaltungskostenbeitr. von Gden. u. Städten	254.158,82	230.000	24.159
10	1620	Erstattungen von Städten und Gemeinden	0,00	20.400	-20.400
	1644	Erstattungen von Krankenkassen	23,20	0	23
11	1680	Rückerstattungen für Waldarbeiter von Privaten u.a.	13.725,40	14.700	-975
	1695	Innere Verr. Personal-/Sachkosten	0,00	0	
12	1696	Innere Verrechnung Gebühren f.Stellungnahmen	4.347,10	5.800	-1.453
13	2770	Auflösung von Zuschüssen und Verkaufserlösen	277.962,00	76.400	201.562
Summe Einnahmen			2.173.892,61	2.718.500	-544.607
	400000	Personalausgaben	7.702.191,79	7.997.800	-295.608
	6717	Erstattungen ans Land (für nicht zum Landkreis gewechselte Bedienstete)	506.122,15	566.000	-59.878
14		Gesamtpersonalausgaben	8.208.313,94	8.563.800	-355.486
15	5200	Geräte und Ausstattungsgegenstände	16.768,75	26.400	-9.631
17	5330	Miete und Wartung EDV	163.315,71	184.500	-21.184
18	5400	Gebäudebewirtschaftung	8.744,19	0	8.744
19	5500	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel	54.107,87	46.000	8.108
20	5600	Dienst- und Schutzkleidungszuschuss	2.162,36	9.700	-7.538
21	5620	Aus- und Fortbildung	8.505,93	11.400	-2.894
23	5870/ 5871	Sachausgaben	4.351,28	18.000	-13.649
24	5880	Öffentlichkeitsarbeit	446,77	2.000	-1.553
26	6500	Budgetierte Geschäftsausgaben	274.727,83	286.800	-12.072
27	650000	Geschäftsausgaben	270.744,26	233.200	37.544
28	6562	Gutachten Beweiserhebungskosten (Versorgung)	213.529,36	175.000	38.529
29	6680	Vermischte Ausgaben	3.613,85	1.000	2.614
31	6720	Kostenerstattung an Gemeinden	10.720,00	25.500	-14.780
32	6721	Erstattung an Landkreis Böblingen	333.200,00	344.000	-10.800
33	6795	Innere Verrechnung Personal- und Sachkosten	1.848.315,76	1.845.000	3.316
35	6800	Abschreibung	450.683,00	244.600	206.083
36	6850	Verzinsung	74.421,00	88.600	-14.179
37	9540	Planungskosten (Straßen)	17.829,89	120.000	-102.170
38	AUSGLEICH	SPITZABRECHNUNG 6500 und 8551	102.164,14	0	102.164
Summe Ausgaben			12.066.665,89	12.225.500	-158.834
Zuschussbedarf			-9.892.773,28	-9.507.000	-385.773
39		Abgeltungsbetrag Land	8.880.408,00	8.843.000	37.408

-1.012.365,28 -664.000,00 -348.365

Berechnung der Effizienzrendite

- a) Einsparvorgabe (2005 = 2%, 2006 = 3%, 2007= 3%, 2008=3%, 2009=3%) **14%**
- b) Fehlende Rendite 2009 **-8,39%**
 (-1.012.365,28 Euro im Verhältnis zu 12.066.665,89 Euro)
- Effizienzrendite des Rems-Murr-Kreises in 2009 5,61%**

Die fehlende Rendite in Höhe von 1.012.365,28 Euro wurde teilweise aus der allgemeinen Rücklage entnommen. Damit ist der bisher erwirtschaftete Gesamtbetrag von 799.247 Euro aufgebraucht.

In **2008** lag die Effizienzrendite noch bei **9,61 %**. 2009 leider nur noch bei **5,61 %**. Ein **wesentlicher** Grund hierfür ist, dass die Gebühreneinnahmen für die Vermessung (einschl. digitales Grundbuch) bei **1.288.406 Euro** lag. Der Anrechnungsbetrag über das VRG /FAG aber bei **1.992.711 Euro** liegt. Der negative Saldo beträgt **704.305 Euro**. Dies ist deutlich mehr, als in den Jahren **2005 – 2008** insgesamt. Dort lagen die Gesamtwenigereinnahmen gegenüber dem Anrechnungsbetrag bei **534.939 Euro**.

Erläuterungen zu laufender Nummer:

- 2) Wenigereinnahmen im Bereich der Vermessungsgebühren in Höhe von 760.000 Euro
- 8) 41.800 Euro Mehreinnahmen für Arbeiten für das digitale Grundbuch
- 13) Auflösung von Zuschüssen für den Kauf von bewegl. Sachen und Erlöse aus dem Verkauf von bewegl. Sachen u.a. aus den Bereichen Straßenbau (+ 38.000 Euro); Sonderposten unentgeltlicher Erwerb VRG (+153.700 Euro) wurde erst im Lauf des Jahres 2009 aufgenommen
- 27) u.a. Datenverarbeitungskosten
- 32) Der Landkreis Böblingen hat für den Rems-Murr-Kreis die Aufgaben des Sozialen Entschädigungsrechts (SER) übernommen. Hierfür erhält er vom Rems-Murr-Kreis eine vertraglich geregelte Kostenerstattung, die sich nach dem VRG/FAG ausrichtet.
- 35/36) Für Geräte und Ausstattung der eingegliederten Bereiche (u.a. Straßenbau +33.000 Euro) Sonderposten unentgeltlicher Erwerb VRG (+153.700 Euro) wurde erst im Lauf des Jahres 2009 aufgenommen
- 37) Für Planungen im Bereich Kreisstraßen
- 38) Für den Bereich der Kreisstraßen (42.842,11 Euro) und der forstbetrieblichen Dienstleistungen (59.322,03 Euro) konnte vom Land z.B. für die Lohn- und Gehaltsbuchhaltung keine Kostenerstattung erreicht werden, deshalb müssen diese Kosten über die Effizienzrendite erwirtschaftet werden.

VIII. Aktueller Bericht zum finanziellen Abwicklungsstand der Eingliederung von unteren Sonderbehörden im Jahre 2010 (Stand 31.08.2010)

Bezeichnung	Planansatz 2010 EUR	Stand zum 01.05.2010 EUR	Stand zum 30.6.2010 EUR	Stand zum 31.08.2010 EUR	Stand zum 31.12.2010 EUR	Anteil am Planansatz in %
Erstattungen	418.630	34.170	311.911	317.947		76%
Zuweisungen, Gebühren u.a.	1.607.800	449.769	1.008.572	1.277.621		79%
Innere Verrechnung Personal- und Sachkosten	196.540	0	0	58		
Einnahmen VwH	2.222.970	483.939	1.320.483	1.595.626	0	72%
Einnahmen VmH	0	0	0	0	0	
GESAMTEINNAHMEN	2.222.970	483.939	1.320.483	1.595.626	0	72%
Personalkosten	8.212.820	2.192.672	3.797.034	4.784.248		58%
Personalkosten Land (VRG)	281.560	0	4.149	5.682		2%
Sachkosten	125.000	27.902	382.895	204.776		164%
Erstattungen	338.000	0	0	4.320		1%
Innere Verrechnung	2.142.620	0	0	0		0%
Kalkulatorische Kosten	580.580	0	0	96		0%
Geschäftsausgaben	585.220	75.738	266.338	344.194		59%
	0	0	0	0	0	
Ausgaben VwH	12.265.800	2.296.312	4.450.415	5.343.316	0	44%
Ausgaben VmH	50.000	4.205	4.205	8.815		18%
GESAMTAUSGABEN	12.315.800	2.300.517	4.454.620	5.352.131	0	43%
Zuschussbedarf	10.092.830	1.816.578	3.134.136	3.756.505	0	
Abgeltungsbetrag Land	8.832.000	1.866.443	3.737.735	5.888.000		

Entwicklung in den Jahren 2005 – 2010

Jahr	Überschuss / Verlust in T-Euro	Saldo -nicht erwirtschaftete Vermessungsgebühren und Elektronisches Grundbuch- in T-Euro
2005	+ 423	- 118
2006	+ 406	- 109
2007	+ 135	- 71
2008	- 165	- 236
2009	- 1.012	- 704
Zwischensumme 2005 - 2009	- 213	- 1.238
Voraussichtlicher Verlust 2010	- 1.352	

*) Hochrechnung

Allgemeine Erläuterungen

Vermessung

Das Land hat beim Anrechnungsbetrag in 2010 leicht nach gebessert. (Anrechnungsbetrag 2009 1.992.711 Euro, für 2010 liegt der Betrag bei 1.888.137 Euro). Allerdings liegt der Anrechnungsbetrag immer noch **deutlich zu hoch**. Da der ÖbV-Anteil im Rems-Murr-Kreis mit **80 %** erreicht ist, wird es für den Geschäftsbereich Vermessung, trotz intensiver Bemühungen immer schwieriger, lukrative Aufträge zu bekommen. Für 2010 könnte bei den Erträgen der eingestellte Planansatz erreicht werden. Gegenüber dem Anrechnungsbetrag besteht aber immer noch ein Delta von 300.000 bis 500.000 Euro.

Landwirtschaft

Hier liegt das Problem weiterhin an der geringen Personalausstattung. Deshalb konnte hier auch keine Effizienzrendite erreicht werden.

Hochrechnung 2005 bis 2011

Die Hochrechnung zeigt einen Gesamtverlust von rd. **2,9 Mio. Euro** auf. Hiervon liegen allein rd. **2.3 Mio. Euro** bei den **Wenigererträgen** bei der **Vermessung**. Auch bei den Aufwendungen zeigt die Hochrechnung einen Verlust auf von rd. 1 Mio. Euro und bei der Landwirtschaft liegt der hoch gerechnete Verlust bei rd. 1,4 Mio. Euro.

Der Schwerpunkt für die Nichterwirtschaftung der Effizienzrendite liegt im Wesentlichen aber bei der zu hohen Anrechnung der Vermessungsgebühren sowie an der personellen Unterbesetzung des Geschäftsbereichs Landwirtschaft.

IX. Globale Minderaufwendungen / Haushaltssperren

Der Kreistag hat in der Sitzung vom 14.12.2009 der Verwaltung insgesamt 1,5 Mio. Euro an globalen Minderaufwendungen auferlegt.

Bei den Personalaufwendungen wurden 1,2 Mio. Euro und bei den Sachaufwendungen 0,3 Mio. Euro festgelegt.

Die Verwaltung geht davon aus, dass diese Minderaufwendungen eingespart werden können.

Unter IV – Ergebnisse aus der Haushaltskommission – (Seite 6) hat die Verwaltung sich noch weitere Einsparungen auferlegt. Solche Einsparungen können nur kurzfristig durchgehalten werden. Entsprechende Sperren wurden von der Verwaltung angesetzt.

X. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen

Die Budgetregeln sind in der Anlage 8 zum Haushalt 2010 (Seite 607 – 610) dargelegt. Folgende über- bzw. außerplanmäßige Auszahlungsgenehmigungen sind erforderlich:

	Teilhaushalt		Bezeichnung	Betrag	zuständig
a)	3	FHH	<u>Schulen, Bildung und Kultur</u> Grunderwerb KBSZ Schorndorf	300.000 Euro	Kreistag
b)	4	FHH	<u>Querschnitt GB Finanzen</u> Weiterleitung von Grundstückserlösen an die RMK gGmbH	488.000 Euro	Kreistag
c)	6	FHH	<u>Verkehr, Recht, Ordnung und Verbraucherschutz</u> Erwerb von beweglichen Sachen für die Verkehrssicherheit	180.000 Euro	Kreistag
d)	7	FHH	<u>Landwirtschaft, Umwelt, Technik und Kommunalrecht</u> Erwerb von Grundstücken für die Biomüllvergärungsanlage in Backnang-Neuschöntal	40.000 Euro	Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss
e)	8	EHH und FHH	<u>Soziales, Jugend und Gesundheit</u> Nettobetrag Soziales (s.Seite 13) Nettobetrag Jugend (s.Seite 19)	2.910.000 Euro 1.384.700 Euro	Kreistag Kreistag

FHH = Finanzhaushalt

EHH = Ergebnishaushalt

XI. Übersicht der Veränderungen mit zusammenfassender Bewertung

Ergebnishaushalt

THH	Produkt / Bezeichnung	Mehraufwendungen / Mindererträge Euro	Minderaufwendungen / Mehrerträge Euro
1-8	Ergebnisse aus der Haushaltskommission (Seite 6)	--	969.000
8	Produkt 31.50.01 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (Seite 17)	--	130.000
	Gesamtsumme Soziales (Seite 13)	2.910.000	--
	Gesamtsumme Jugend (Seite 19)	1.384.700	--
	Werthaltigkeit von Forderungen		2.100.000
9	Schlüsselzuweisungen	413.000	--
	Zuweisungen vom Land für die unteren Sonderbehörden (§ 11 Abs. 4 FAG)		217.000
	Grunderwerbsteuer	600.000	--
	Summe:	5.307.700	3.416.000
	Verschlechterung ordentliches Ergebnis	1.891.700	

Zusammenfassende Bewertung

Ergebnishaushalt

Der zusätzliche Fehlbetrag liegt bei rd. 1,9 Mio. Euro. Dieser kann **nicht** mit den eingesparten Mitteln des Finanzhaushalts in Höhe von 700.000 Euro teilweise vermindert werden. Dies ist **nicht** zulässig. Dass der Fehlbetrag **nicht** höher ausfallen wird, ist der einmaligen Möglichkeit zu verdanken, dass im Sozialhaushalt werthaltige Forderungsberichtigungen mit positiver Wirkung möglich sind. Ob der Fehlbetrag noch **vermindert** werden kann, bzw. eine „**Schwarze Null**“ möglich sein wird, hängt im Wesentlichen von der **Entwicklung im Sozialen Bereich** ab. Die Verwaltung wird alles tun, damit dies erreicht werden kann.

Finanzhaushalt (Investitionstätigkeit)

THH	Produkt / Bezeichnung	Mehrauszahlungen / Mindereinzahlungen Euro	Minderauszahlungen / Mehrerträge Euro
4-6	Ergebnisse aus der Haushaltskommission (Seite 6)	-	1.220.000
3	Grunderwerb Berufliches Schulzentrum Schorndorf	300.000	--
4	Grundstückserlöse aus Verkauf von Reihenhäuser beim Krankenhaus Waiblingen	488.000	488.000
6	Erwerb von beweglichen Sachen für die Verkehrssicherheit	180.000	
7	Erwerb von Grundstücken für die Biomüllvergärungsanlagen in Backnang-Neuschöntal	40.000	--
	Summe	1.008.000	1.708.000
	Verbesserung aus Investitionstätigkeit	700.000	

Der eingesparte Betrag in Höhe von 700.000 Euro soll zur **Verminderung** der **Schuldaufnahme** verwendet werden.